

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Auskäufer vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltene Zeile oder deren Raum 70 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtsige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 275.

Dienstag, den 25. November 1919.

26. Jahrg.

Deutschland und die Eisenbahnpläne der Entente.

Von Georg Engelbert Graf.

Auch das Reichsursbuch ist ein weltpolitisches Barometer. Es zeigt dem Kundigen Zusammenhänge und Korrelationen weltpolitischer Geschehens, es gibt Auskunft nicht allein über Fahrplan, Fahrzeit und Fahrpreis, sondern auch über internationale Veränderungen, Verschiebungen und Verwicklungen, deren Tragweite sich leider die Wenigsten bewußt werden.

Der Krieg und der Ausgang des Krieges haben eine weltgehende Umstellung des gesamten Verkehrs auf absehbare Zeit hinaus zur Folge. Nicht allein für Deutschland, sondern für Gesamteuropa. In den Eisenbahnen wird das zu allererst zum Ausdruck kommen. In der Vorkriegszeit hatte sich Deutschland allmählich zum Schwerpunkt des europäischen Eisenbahnverkehrs entwickelt. Auf seinem Boden lagen die Kreuzungen und die Weichen aller größeren Durchgangslinien. Lissabon—Petersburg, Paris—Warschau, London—Wien, Stockholm—Genoa: alle diese Linien führten auf ihren wichtigsten Strecken durch deutsches Gebiet. Und obwohl sie alle sich nicht an einem einzigen, sondern an verschiedenen Schnittpunkten kreuzten, waren sie in ihren Fahrplänen aufeinander eingestellt, waren ihre gegenseitigen Anschlüsse sowohl untereinander wie mit den deutschen Zuleitungslinien sichergestellt. Im Norden (London—Stockholm—Göteborg—Petersburg) wie im Süden (Paris—Simplon—Mailand) waren wohl Umgehungsbahnen deutschen Gebietes geplant, aber nur die südliche Linie war vor Kriegsausbruch ausgebaut worden, ohne allerdings den Anschluß nach der Balkanhalbinsel zu erreichen. Den inneren europäischen Zugverkehr beherrschte Deutschland.

Heute liegt das Schwergewicht Europas im Westen. Deutschlands weltpolitischer Siegesrückzug folgte das bittere Erwachen des Besiegten. In Versailles wurde ihm die Rechnung präsentiert, die es zähneknirschend anerkennen mußte.

Über noch weit über die Bedingungen von Versailles hinaus gehen die Vorbereitungen, die die Entente trifft, um ihre imperialistischen Pläne in die Tat umzusetzen. Es ist eine ganze Kette strategischer und wirtschaftspolitischer Sicherungen, mit der Deutschland in Zukunft umschnürt werden soll.

Wenn im Westen Frankreich offen und verdeckt darauf hinarbeitet, seine Grenzen bis zum Rheine vorzuschieben, so geht es ihm hier weniger um Vergrößerung seines territorialen Besitzstandes, als um die Möglichkeit, sein Verkehrsnetz derartig auszubauen, daß Paris wirklich im Zentrum liegt, und daß außer den strahligen Verkehrsachsen, die von hier ausgehen, ein System konzentrischer Verkehrsringe sich um die Hauptstadt legt, deren äußerster heute die Bahnhöfe Antwerpen—Brüssel—Maastricht—München ist, deren innerster nach französischer Auffassung eine das linke Rheinufer völlig begleitende und beherrschende, unter französischem Einfluß stehende Bahn wäre. Eine derartige Eisenbahnlinie würde wie eine scharfe Verkehrsgrenze wirken, deren Öffnung völlig im Interesse des westlichen Nachbarn stünde.

Nicht minder kritisch ist die Lage im Osten. Das Natürlichste wäre, wenn das neuerrichtete Polenreich sich eng an Deutschland anlehnen würde, auf das es seine Landesnatur und sein wirtschaftliches Gefüge hinweisen. Statt der westlich gerichteten Verkehrsachse hat jedoch der Friedensvertrag durch die Angliederung des Weichselkorridors an Polen eine nord-südliche Verkehrsachse geschaffen, die nicht allein Polen von den entfernten Ententestaaten abtrennt, sondern sich auch trennend zwischen Ostpreußen und das übrige Reich schiebt.

Noch viel weniger bemerkt, darum aber nicht weniger wichtig ist die verkehrspolitische Isolierung Deutschlands, die im Süden sich anbahnt. Jedes Land hat in seiner geographischen oder völkischen Struktur leicht verwundbare Stellen. Sie treten oft erst in kritischen Zeiten in Erscheinung und werden sonst kaum beachtet. In der deutschen Politik spielt schon seit langem die Mainlinie eine große Rolle, die Nord- und Süddeutschland voneinander trennt. Es sind aber keine inneren Gegenläufe, die zwischen dem Norden und Süden eine Scheidewand aufrichten. Das Problem wird vielmehr dadurch hervorgerufen, daß sich hier von Osten wie von Westen her fremder Einfluß am stärksten fühlbar macht. Südlich der Mainlinie verläuft eine internationale Enge, in der zwischen Vorkriegszeiten in Lothringen und Taus in Böhmen das deutsche Sprachgebiet auf weniger als 500 Kilometer eingeschnürt ist, während es sich südlich und nördlich davon jäherförmig weit auszubreiten vermag. Ebenso wie Polen

steht auch die Tschechoslowakei völlig unter dem Einfluß der Entente; der Mainlinie entlang vermag sie Frankreich nur allzu leicht die Hand zu reichen. Hier anknüpfend geht Frankreich allmählich wieder zu einer Rheinbundpolitik über. Es sucht die süddeutschen Staaten in ihren Interessen von Norddeutschland ab- und zu sich herüberzuziehen. Verschiedene Anzeichen lassen bereits darauf schließen, daß das westeuropäische Finanzkapital nach Anlagemöglichkeiten im südlichen Deutschland sucht, daß es in Industrie und Handel Einfluß und Eingang zu finden hofft.

Wirtschaftlichen Einfluß zieht vor allem der Verkehr, besonders der Personen- und Postverkehr der Eisenbahn nach sich. Großzügig internationale Zugverbindungen sollen dann unter Vermeidung vor allem Norddeutschlands das mittlere und östliche Europa an die westlichen Staaten anschließen. In diesen Tagen, wo das Eisenbahnwesen in Deutschland wiederholt vor dem Zusammenbruch gestanden hat, werden internationale Luxuszugpaare eingelegt, die von Westen nach Warschau und solche, die vom Westen nach dem Balkan gehen sollen. Beide Verkehrswege gingen nordem in der Hauptachse von Norddeutschland aus oder über Norddeutschland. Die zweckmäßigste Verbindung Paris—Warschau wäre auch weiterhin über Berlin. Über die neue Zugverbindung, die in diesen Tagen aufgenommen wird, der sog. Zug des 50. Parallels (Train du 50e parallèle) wird die Strecke des ehemaligen Nordpreußen verbleiben lassen und auf der Linie Ostende—Paris—Straßburg—Karlsruhe—Nürnberg—Prag—Warschau verlaufen. Die Eröffnung der Strecke war bereits für den 15. September geplant, mußte jedoch bis heute verschoben werden, da es der bayerischen Eisenbahnverwaltung an Maschinen und Kohlen fehlt. Der Zug soll dreimal in der Woche in jeder Richtung verkehren. Von Straßburg zweigt eine zweite wichtige Linie ab, die in das südöstliche Europa weitergeleitet werden soll, der Luxuszug Paris—Straßburg—Stuttgart—München—Wien. Auch dieser Zug wird noch in diesem Monat fahrplanmäßig gefahren werden. Die Züge erhalten sämtlich unmittelbaren Anschluß von und nach London in Ostende. Ebenso wie sie in Straßburg korrespondieren mit einem Zug, der ebenfalls dazu dienen soll, den Großverkehr von deutschem Gebiete abzulösen. Die Gotthardzüge, die bisher von Berlin ihren Ausgang nahmen mit Anschlüssen nach dem Osten und den skandinavischen Ländern, sollen in Zukunft auf der Strecke Amsterdam und Brüssel—Jemelle—Namur—Straßburg—Basel—Luzern—Mailand—Genoa—Rom gefahren werden. Dieser neue Gotthardzug verkehrt bereits seit dem 11. Oktober.

Eine weitere Linie arbeitet noch weiter südlich in derselben Richtung, der Simplon-Orientexpress. Er berührt nirgends deutsches Gebiet und fährt bereits seit vorigen Monat mit direkten Wagen Paris—Bukarest und Paris—Athen. Die Züge, die gleichfalls Anschluß von London her erhalten, berühren, von Paris ausgehend, Mailand, Venedig und Triest; in Belgrad teilt sich die Linie in eine östliche nach Rumänien (später mit Weiterführung nach Konstantinopel) und in eine südöstliche nach Griechenland. Zum mitteleuropäischen Knotenpunkt für alle Anschlüsse ist Straßburg bestimmt.

Alle diese Züge werden eine gewaltige und in ihren Folgen noch gar nicht übersehbare Umstellung des gesamteuropäischen Verkehrs bewirken. Sie werden besonders den deutschen Verkehr in Mitleidenschaft ziehen, indem sie ihn in seinen Hauptlinien vom Westen völlig abhängig machen, und im ganzen und im einzelnen dem bisherigen Reiseverkehr durch Deutschland einen schweren Schlag verfehlen.

Ob allerdings diese Doktor-Eisenbahn-Kur ihren Zweck wird dauernd erreichen können, ist sehr fraglich. Verkehr soll verbindend wirken, hier schießt er aus und ab, zerstört organische Verbindungen und knüpft unorganische an. Dieser politische Mißbrauch des Verkehrsgedankens wird sich auch politisch rächen; statt daß der Verkehr die Spannung zwischen den Staaten beseitigt, verstärkt er sie und häuft den Konflikstoff berghoch auf. Es müßte die erste Aufgabe eines wirklichen Völkerverbundes sein, den Verkehr seiner wahren, ausgleichenden Natur nach auszubauen.

Deutsche Nationalversammlung.

117. Sitzung.

Berlin, 24. November 1919.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung gegen 1 1/2 Uhr. Nach einer Mitteilung des Unterstaatssekretärs Dr. Peters, daß der Reichswirtschaftsminister am Freitag oder Sonnabend die Interpellation betreffend die bedrohliche Gestaltung der Ernährungsfrage beantwortet wird, setzte das Haus die zweite Lesung des Entwurfes einer

Reichsabgabenordnung

fort.
Der Abschnitt Finanzämter wird nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen, ebenso der Abschnitt „Reichsfinanzhof“.
Der zweite Teil des Gesetzes enthält die Bestimmungen über die Besteuerung. § 88 bestimmt, daß jemand, der durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, Pflichten zu erfüllen, die ihm im Interesse der Besteuerung obliegen, oder Rechte wahrzunehmen, die ihm nach den Steuergeetzen zustehen, dies durch Bevollmächtigte tun kann.

Abg. Kempter (D.) empfiehlt hierzu einen Antrag, wonach die Steuerbehörden in die Lage versetzt sein sollen, vor der Einschätzung Sachkundige gutachtlich zu hören.

§ 88 wird mit diesem Antrage angenommen. Ebenso werden nach den Beschlüssen des Ausschusses die weiteren sachlichen Vorschriften angenommen.

Der zweite Abschnitt, der von der Wertermittlung handelt, findet unveränderte Annahme.

Der dritte Abschnitt handelt von der Ermittlung und Festsetzung der Steuer. § 172 wird mit einem deutschnationalen Antrage, daß den Steuerpflichtigen bei Vorladungen vor die Finanzämter vorher die Punkte, über die sie vernommen werden sollen, mitgeteilt werden, angenommen.

Präsident Fehrenbach: Wir werden jetzt gleich die Bestimmungen über die zurückgestellten Paragraphen vornehmen. Ich möchte dazu aber endlich einige Leute im Hause haben. (Heiterkeit.) Durch anhaltendes Räuten wird schließlich eine mäßige Beteiligung des Hauses erreicht.

§ 5 wird in der Ausdeutung angenommen. Zu § 11 wird ein Antrag Löbe-Simon angenommen, wonach über die Abgrenzung der Bezirke der Landesfinanzämter und ihre Sitzorte ein Reichsgesetz zu erlassen ist. § 14 (Finanzgerichte) wird in der Ausdeutung angenommen.

§ 188 trifft die Bestimmung, daß die Banken ein Verzeichnis ihrer Kunden den Finanzämtern mitzuteilen, sowie jeweilige Veränderungen am 30. Juni und 31. Dezember jeden Jahres anzugeben haben. Der Paragraph wird ohne Erörterung angenommen.

§ 194 legt die Anmeldepflicht beim Finanzamt für jeden fest, der Erzeugnisse, die nach dem Verbrauchsabgabengesetz zu versteuern sind, gewinnen oder herstellen will. Ein von der Rechts- und den Sozialdemokraten eingebrachter Antrag will diese Bestimmung folgendermaßen ändern: „Wer Gegenstände gewinnen, herstellen, oder umsetzen will, an deren Gewinnung, Herstellung oder Umkehr eine Steuerpflicht geknüpft ist, hat dieses dem Finanzamt vor Eröffnung des Betriebes anzuzeigen.“

Reichsfinanzminister Erzberger: Der Antrag ist gut und notwendig. Er bringt uns in die Lage Schiebergeschäften wirksam vorzubeugen.

§ 194 wird darauf in der Fassung des Antrages angenommen.

Nach § 200 sollen Personen, die geschäftsmäßig Rat in Steuerangelegenheiten erteilen, dem Finanzamt Einricht in ihre Geschäftspapiere gewähren. Dies soll jedoch nicht für Rechtsanwältinnen und Notare gelten.

§ 200 wird mit einem Antrag Jungnickels (S.), obige Ausnahme zu streichen, da dadurch die Verhinderung der Geheimhaltung von Vermögensverhältnissen herbeigeführt werde, angenommen.

Nach § 205 kann das Finanzamt nähere Ermittlungen über die Steuererklärungen vornehmen. Die Kosten der Ermittlungen soll der Steuerpflichtige tragen, wenn das Endergebnis, das seinen Angaben entspricht, um mehr als ein Drittel übersteigt, oder sich seine Angaben in wesentlichen Punkten als unrichtig erweisen, oder er keine genügenden Angaben über seine Verhältnisse gemacht hat.

Abg. Düringer (D.) beantragt folgende Fassung: Die Kosten der Ermittlungen trägt der Steuerpflichtige, wenn das Endergebnis das seinen Angaben entsprechende Ergebnis um mehr als ein Drittel übersteigt, es sei denn, daß die Abweichung durch die Schwierigkeit der Wertabschätzung oder sonstigen entschuldigen Irrtum hervorgerufen worden ist. Er beantragt ferner folgenden Zusatz: Wenn von der Steuererklärung abgewichen werden soll, sind den Steuerpflichtigen die Punkte, in denen eine Abweichung in Frage kommt, zur vorherigen Äußerung mitzuteilen.

Reichsfinanzminister Erzberger bittet, den ersten Antrag anzunehmen, aber gegen den zweiten zu stimmen, da er die Arbeiten der Finanzämter unnötig erschwere.

Abg. Bur Lage (Z.) erklärt, das Zentrum werde für den ersten Antrag, aber gegen den zweiten stimmen.

Abg. Dr. Lubewig (D.) erklärt sich für den zweiten Antrag.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D.) stimmt beiden Anträgen Düringers zu, beantragt jedoch die Veränderung: „In denen eine wesentliche Abweichung zu seinen Ungunsten nicht in Frage kommt.“

Reichsfinanzminister Erzberger hebt nochmals hervor, daß der Antrag Düringers den Steuerbehörden eine ungeheure Last auferlegt. Es sei nicht angängig, wegen irgendwelcher Lappalien den Steuerzahler herbeizurufen, deshalb empfehle er auch den Antrag Becker.

§ 205 wird mit den beiden Anträgen Düringer und der Veränderung Becker angenommen.

Zum § 209 der Einzelabstimmungen über die Vorlegung von Verträgen und Offenlegung verschlossener Depots liegt ein gemeinschaftlicher Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Demokraten und Unabhängigen vor, daß das Finanzamt bei den Banken, Sparkassen usw. sich durch Stichproben überzeugen kann, ob die Angabe steuerpflichtiger Kunden zutrifft.

Zeichne mit 500 Mark bar
und 500 Mark Kriegsanleihe

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe

§ 209 wird mit dem Antrag angenommen.
Nach § 210 ist wegen der Höhe einer notwendig gewordenen Ergänzung nur die Beschwerde an das Landesfinanzamt zulässig, das endgültig entscheidet. Nach einem Antrag des Zentrums sollen die Vorschriften keine Geltung haben für den Fall der Verweigerung ihrer Versicherung an Eidesstatt. Der Antrag wird mit ihm § 210 angenommen.
Nach § 18 sind Nachforschungen von Steuern bis zum Ablauf der Verjährungsfrist zulässig und Neuveranlagungen nur dann, wenn neue Tatsachen oder Beweismittel eine höhere Veranlagung rechtfertigen. Nach der Vorlage sollen letztere Vorschriften nicht gelten bei den Steuern vom Einkommen und Vermögen ausschließlich der Erbschaftsteuer. (Der Ausschuss hat das „ausschließlich“ in „einschließlich“ geändert.)
Ein Antrag auf Wiederherstellung der Vorlage wird nach kurzer Debatte angenommen.
Der vierte Abschnitt enthält die Rechtsmittel. Der erste Titel (Zulässigkeit der Rechtsmittel) und der zweite Titel (Allgemeine Vorschriften über das Verfahren) werden nach den Ausschussvorschlägen angenommen.
Die Bestimmungen über die Rechtsbeschwerde, über Anfechtungsverfahren, Beschlussverfahren werden nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.
Beim Strafgericht und Strafverfahren beantragen die bürgerlichen Parteien, einen neuen § 355 einzufügen: „Strafzeit bleibt, wer in unverantwortlichem Irrtum über das Gesetz oder die Anwendung strafrechtlicher Vorschriften die Tat für erlaubt gehalten hat.“ Die Sozialdemokraten beantragen nach folgenden Zusatz: „Die vorstehende Bestimmung tritt nach Ablauf von drei Jahren, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes, außer Kraft.“
Der Antrag der bürgerlichen Parteien wird angenommen, der sozialdemokratische Zusatz abgelehnt.
Zu § 356 sind Geldstrafen für die Steuerhinterziehung angedroht. Nach der Vorlage der Ausschussvorschläge soll der Mindestbetrag der Geldstrafe 50 Mark sein. Die Sozialdemokraten beantragen, den Mindestbetrag dem hinterzogenen Betrag der Steuer gleichzusetzen. Für den Fall der Ablehnung würden die Sozialdemokraten für die Herabsetzung auf 20 Mark stimmen.
Der Präparatentwurf der Sozialdemokraten wird abgelehnt, der Eventualantrag auf Herabsetzung des Minimums auf 20 Mk. angenommen.
Nach § 448 treten die vor dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung verhängten Steuergerichte insoweit außer Kraft, als sie mit der Reichsabgabenordnung nicht im Einklang stehen. Die Ausschussvorschläge werden mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen.
Eine Bittschrift will die Gewährung eines Generalpardon. Der Reichsfinanzrat empfiehlt die Ermäßigung.
Die Abstimmung soll in der dritten Lesung erfolgen.
Dienstags 1 Uhr: Anträge. Antrag Trimborn über die Geltungsbereich der Patente. Abänderung des Belagerungsgesetzes. Schluss 8 Uhr.

Die Folgen der amerikanischen Nichtratifizierung.

Neue Forderungen Frankreichs.

Wir haben bereits gestern darauf hingewiesen, daß die Nichtratifizierung des Friedensvertrages durch die Vereinigten Staaten höchstwahrscheinlich dem todsiechlichen Frankreich Veranlassung geben werde, mit neuen Forderungen an uns heran zu treten. Und richtig, es kommen bereits Meldungen aus Paris, die darauf vorbereiten. Der Pariser Vertreter des H. Fr. kann die angeblich durchaus verlässliche Mitteilung machen, daß Frankreich zunächst alle Einberufung und Auslieferung des gesamten Kriegsmaterials, sowie stärkere Besatzungstruppen fordern werde. Auch sei es nicht ausgeschlossen, daß das Saarstatut völlig neu geregelt wird. Da das Saargebiet nicht vom Völkerbund verwaltet werden kann, der nicht bestehen wird, werde Frankreich die Unterstellung des Saargebietes unter französische Verwaltung fordern. Zu Gunsten Belgiens dürften Berechtigungen an der deutschen Westgrenze erfolgen. England werde Helgoland annektieren. Mit diesen Forderungen, die Frankreich anstrebt, sollen indessen noch nicht alle erschöpft sein, die in Aussicht genommen sind. Deutschland werde sich auf weiteres aeußen müssen. Heute, Dienstag, nach Clemenceaus Rückkehr nach Paris, werden diesbezügliche entscheidende Beschlüsse gefaßt und wird der Tag festgesetzt werden, an dem die deutsche Delegation das Protokoll über die Nichterfüllung einzelner Waffenstillstandsbedingungen unterschreiben soll.

Kein Abbruch der Pariser Verhandlungen.

Ministerialdirektor v. Simon, dessen Abreise aus Paris dort großes Aufsehen erregte, ist Montag vormittag in Berlin angekommen. Er hat dem Kabinett über seine Pariser Verhandlungen Bericht erstattet. Seine Rückreise ist erfolgt, weil in der Angelegenheit der Verjüngung der deutschen Flotte bei Scapa Flow neue Inkarnationen nötig geworden sind. Weiter wird in der offiziellen Mitteilung gesagt: Ein Zusammenhang mit der Haltung des amerikanischen Senats besteht nicht. Deutschland habe ein Interesse nicht an der Verzögerung, sondern am Abschluß des Friedens. Damit werden auch die Andeutungen hinsichtlich, als bedeute die Abreise des Herrn von Simon einen Abbruch der Verhandlungen.

„Französische Zivilisation.“

Die Rückkehr der Gefangenen wird verweigert.

Frankreich, das nach Poincarés Meinung ganz besonders an dem Wiederwerden der Zivilisationsarbeit, scheint auf eine Probe davon sitzen zu wollen, wie es die Zivilisation anfaßt. Es denkt gar nicht daran, die Leiden unserer armen gequälten Gefangenen abzukürzen. Auf den letzten deutschen Appell in der Gefangenensache hat Clemenceau der Deutschen Delegation eine Note überreichen lassen. Der deutschen Öffentlichkeit dürfte die Note im Laufe des heutigen Tages zugänglich gemacht werden. Nach einer Mitteilung, die dem „Jamb. Fr.“ aus Berlin übermittelte worden ist, soll sie an anglophilischer Brutalität alles bisher schon Erlebte weit in den Schatten stellen. Entgegen der früheren französischen Zusage, werde darin jede vorzeitige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen rund heraus abgelehnt, ja nicht nur das, es wird überhaupt jegliches Entgegenkommen Frankreichs in irgendeiner Beziehung abgelehnt.
Der alte Tiger Clemenceau und die französischen Militärs wollen offenbar durch ihre immer neuen Androhungen das deutsche Volk zu irgend welchen Verzweiflungstaten hinführen. Damit die französischen Heere, die am Rheine sprungbereit stehen, endlich einmarschieren können.

Eine neue Note unterwegs.

Das Reichs-Bureau meldet aus Paris: Der Rat der Alliierten richtet zur Verhängung der Blockade gegen Sowjetrußland eine neue Note an Deutschland und die neutralen Staaten.

Die Liquidation des baltischen Abenteuer.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt: Heute ist alles so gekommen, wie es die Reichsregierung in ihrem letzten Aufruf an die baltischen Truppen voraussetzte. Ihre durch die Unbotmäßigkeit aufgezwungenen Maßnahmen, vor allem die Sperrung von Sold und Verpflegung, taten ihre Wirkungen, und das Bild, das jener Aufruf entrollte, hat sich bewahrheitet; das wäre vermieden, wenn die Abenteuerer einen Monat früher auf das gehört hätten, was sie jetzt fühlen müssen. Heute ist es wieder „die Not unserer Baltikumtruppen“, für die um Gefühle geworden wird. Es wird Sache der Regierung sein, der sich hier anbahnenden Legende innerpolitisch entgegenzutreten, als würden hier verdiente Männer, „siegreiche Schürmer der Heimat“, vom Vaterlande schlecht behandelt. Die Führer dieser Meuterer haben monatelang das Deutsche Reich in die unerhörtesten Gefahren gestürzt. Ihnen verdanken wir die Ostseeblockade, die Sperrung von Lebensmittellieferungen und Krediten. Sie haben ein großes Beispiel geliefert für das Verratsbuch Deutschlands und seine erneuten imperialistischen Aspirationen. Ihre Wege stoden alle Verhandlungen, finden wir kein Entgegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage und müssen wir uns zum Teil Notwendigkeiten gefallen lassen, wie die letzte der Entente. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Haupttäbelsführer dorthin kommen, wo sie hingehören, vor das Kriegsgeschick, das für Fahnenflucht und Meuterei zuständig ist. Keinen Mann und keine Patrone mehr für das Baltikum! Die landesannnische Hilfe und das Gefühl des Mitleids darf im Interesse des Volkes erst diesseits der Grenze zu Wort kommen.
Eine mehr als zweifelhafte Rolle scheint bei den letzten Ereignissen die Entente-Kommission in Baltikum gespielt zu haben. Am 13. November reiste sie, dem „Lokal-Anz.“ zufolge, von Tilsit nach Kowno. Kaum eine Woche später begann der litauische Angriff gegen die baltische Rückzugslinie. Nach dem „Vorwärts“ ist zeitweise ermogen worden, ein oder zwei Bataillone zum Schutze der Bahnlirien gegen litauische Banden vorzuschicken. Ueber die Schaffung einer Demarkationslinie zum Schutze der Bahn wurde noch verhandelt. Es wäre dringend zu wünschen, so schreibt unser Zentralorgan, daß die Entente-Kommission ihren Einfluß auswendet, damit die heimkehrenden deutschen Soldaten Deutschland sicher erreichen können und nicht, überfallen wie tolle Hunde, erschlagen werden.
Im Zusammenhang damit verdient noch eine dumme Lüge der Londoner „Central News“ niedriger gehängt zu werden. Das Blatt behauptet, daß Lettow-Orbed an der Spitze von 30 000 Mann, darunter viele seiner Kameraden aus Ostafrika, die Grenze von Ostpreußen überschritten und einen Einfall in Litauen unternommen habe. Davon ist jedes Wort falsch.

Das Reichsministerium hat sich, nach der „D. V. Ztg.“, Montag mit den außerordentlich schwierigen und ernsten Verhältnissen im Baltikum befaßt. Wie das Blatt erzählt, hat die Verbandskommission zur Prüfung der baltischen Angelegenheiten die Beförderung größerer Truppenmassen, die den deutschen Truppen im Baltikum zu Hilfe kommen sollen, abgelehnt. Es sei aber anzunehmen, daß man deutscherseits im Rahmen des Möglichen versuchen wird, den Truppen Sold und Verpflegung zuzuführen, und auch Kleidung bereitstellen wird, sobald diese Truppen die Grenze überschreiten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Er freijelt.

Ueber die strittigen Punkte im Betriebsrätegesetz (Einführung der Betriebsräte in die Bilanz und Beteiligung am Aufsichtsrat) hat bis jetzt noch keine Einigung zwischen den drei Regierungsparteien erzielt werden können. Auf Veranlassung des Zentrums ist die Entscheidung bis morgen, Mittwoch, ausgesetzt worden. Das Zentrum ist sich nicht einig. Seine Mehrheit ist für das angebotene Kompromiß (Annahme von Aufsichtsratsbeteiligung und Bilanzanteil, dafür Streichung des Mitbestimmungsrechts bei Einstellung) nur zu haben, wenn auch die Demokraten mitmachen. Der Antrag würde dem gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen werden müssen. Für diesen Fall aber droht Reichsfinanzrat Baner mit seinem Rücktritt, und der Zusammenbruch der Koalition wäre da. Deshalb verlangt das Zentrum, das die ganze Angelegenheit jetzt nicht mehr nach sachlicher Ueberzeugung, sondern nur vom politischen Standpunkt aus behandelt, daß vor der Abstimmung erst volle Klarheit geschaffen wird. Mit der Sozialdemokratie will das Zentrum nur gehen, wenn die Demokraten vorher ihren Austritt aus der Regierung vollziehen. Die Demokraten wieder wollen umgekehrt, daß erst die Entscheidung über das Betriebsrätegesetz erfolgt, und daß dann das Kabinett sich nach dem Ausfall der Abstimmung auflöst. Die Entscheidung liegt also zunächst beim Zentrum, und es wird wohl kaum um sie herankommen.

Der Ausnahmezustand über den Kreis Bitterfeld verhängt.

Salbamtlich wird aus Halle gemeldet: Unter Berufung auf ihre Arbeitswilligkeit verlangten die Vertreter der Arbeiterschaft der Kailwerke in Wolsfen und in Bitterfeld, daß am Freitag, einem gesetzlichen Feiertage, der Betrieb weitergeführt werden solle. Die Werkleitung konnte dies mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe nicht gestatten. Darauf drang eine vielhundertköpfige Menge in das umfriedete Bestitztum des Direktors und zwang diesen unter Drohung, die Arbeitshätten freizugehen. Ein Ermittlungsverfahren gegen die Hauptbeteiligten ist im Gange. Zur Unterstützung der Zivilbehörden bei der Wiederherstellung der Ordnung wurden jetzt Truppen der Reichswehrrigade 16 (Freiwilligen-Landesjäger-Korps) Wolsfen besetzt. Dazwischen trat die Besetzung des Anführers des Kailwerks Wolsfen in den Zustand und verlangte die Zurückziehung der Truppen und die Aufhebung des gerichtlichen Haftbefehls gegen den Häbelsführer Haaz. Ohne jeden Grund trat die Besetzung des Wertes „Eletio 1“ mittels Bitterfeld, auf dem ein Teil der Lichterjorgung Berlins beruht, ebenfalls in den Zustand, mit dem sie schon seit mehreren Tagen gedrückt hat. Dabard ersiedt sich die Gefas des Ernanntes der Grube und eine schwere Bedrohung der Kraftleistung an die Reichshauptstadt. Unter diesen Umständen ist sich der militärische Beschäftigter genötigt, den Ausnahmezustand über den Kreis Bitterfeld zu verhängen, was er bereits am 21. November durch den Reichspräsidenten und den Reichswehrminister ermächtigt war. Bei erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der lebenswichtigen Betriebe (Kraftwerke für Berlin) werden getroffen.

Die Reichs-Einkommensteuer.

Wie die Steuerbelastung des Einkommens nach den für die neue Reichs-Einkommensteuer in Aussicht genommenen Sätzen sich gestalten wird, ergibt sich aus nachstehender Uebersicht:
Steuerpflichtiges Jahreseinkommen: Steuerbetrag:
über 1 000 M. 100 M.
„ 2 000 „ 210 „
„ 3 000 „ 390 „
„ 4 000 „ 480 „
„ 5 000 „ 600 „
„ 6 000 „ 760 „
„ 7 000 „ 910 „
„ 8 000 „ 1 080 „
„ 9 000 „ 1 280 „
„ 10 000 „ 1 450 „
„ 11 000 „ 1 650 „
„ 12 000 „ 1 860 „
„ 13 000 „ 2 090 „
„ 14 000 „ 2 310 „
„ 15 000 „ 2 550 „
„ 17 000 „ 3 050 „
„ 19 000 „ 3 570 „
„ 21 000 „ 4 110 „
„ 23 000 „ 4 670 „
„ 25 000 „ 5 250 „
„ 28 000 „ 6 180 „
„ 31 000 „ 7 080 „
„ 50 000 „ 13 600 „
„ 71 000 „ 23 350 „
„ 101 000 „ 38 900 „
„ 121 000 „ 48 400 „
„ 181 000 „ 83 900 „
„ 201 000 „ 100 100 „
„ 301 000 „ 186 800 „
„ 401 000 „ 228 800 „
„ 451 000 „ 268 900 „
Einkommen, die über 301 000 M. hinausgehen, erfahren eine Besteuerung in Höhe von 60 %, jedoch dem betr. Steuerzahler nur 40 % seines Einkommens verbleiben.

Der Matrosenmord.

Maximilian Harden veröffentlicht in seiner „Zukunft“ schwere Anklagen gegen den bekannten Obersten Reinhard anlässlich der Erschießung der 32 Matrosen in der Französischen Straße, die während der Berliner Märzunruhen erfolgt ist. Harden behauptet, Oberst Reinhard sei „dringend verdächtig durch seinen leichtfertig unbedachten Befehl 29 junge Deutsche in grausamer Mekelei getötet zu haben.“ Marloh habe von Oberst Reinhard Weisung gehabt, alles was er irgendwie erschießen könne, zu erschießen. Marloh selbst wird als minder zurechnungsfähig dargestellt. Der Untersuchungsprozess wird auf das schärfste kritisiert. Marlohs Flucht sei auf Aufmunterung seiner Vorgesetzten erfolgt.
Es ist selbstverständlich, daß die schwerwiegenden Anklagen, die Harden gegen Reinhard erhebt, bei der bevorstehenden Gerichtsverhandlung gegen Marloh — Termin steht am Mittwoch, dem 3. Dezember vor dem Kriegsgericht der Reichsbrigade III an — restlos aufgeklärt werden müssen.

Kleine politische Nachrichten.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an den Reichsanzler und an das Reichswirtschaftsamt eine Eingabe gerichtet, in der er bittet, an dem bestehenden Zwangs-wirtschaftssysteme mit seinem Absicherungsmechanismus und seiner Zwangspreisbildung im Interesse der Verbraucher vorläufig noch festzuhalten.
Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei in der Nationalversammlung hat sich für Ablehnung der Zusatzforderungen der Entente zum Friedensvertrag ausgesprochen.
In ganz Süd-Slawien geht man jetzt auf Grund des Friedensvertrages an die Liquidation deutscher Unternehmungen heran, was nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ vielleicht auf Entente-Einfluß zurückzuführen ist.
Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin erzählt, werden als erste der im Etat neu bewilligten Finanzbeiträge für die deutsche diplomatische Vertretung demnächst die Herren Heineich nach dem Haag, Roland (früher in Straßburg) nach Kopenhagen, Blomcher nach Stockholm und der badische Finanzminister Rheinbold nach Bern gehen.

Der Chef des Finanzdienstes der Obersten Verwaltung des Saargebietes erließ eine Bekanntmachung, nach der den Banken des Saargebietes verboten wird, sich an der gegenwärtig zur Zeichnung ausliegenden deutschen Anleihe zu beteiligen.

Der mifshandelte Stenograph, der, wie berichtet, am Sonntag in der Protestversammlung der „Unabhängigen“ im Berliner Gewerkschaftshause schwer ausgerichtet wurde, ist ein 22 Jahre alter Schornsteinschreiber. Sein Nasenbein ist völlig zertrümmert. Außerdem hat er eine tiefe Stirnwunde und erhebliche andere Verletzungen im Gesicht und am Körper davongetragen. Er gibt an, daß er völlig unschuldig sei. Er habe sich nie mit Politik beschäftigt und sei in die Verhandlungen gegangen, um hier seine stenographischen Kenntnisse zu erweitern.

Die französische Regierung hat sich bereit erklärt, mit Finnland ein Handelsabkommen auf Gegenseitigkeit zu treffen.

Die „New York Times“ erzählt aus Paris, daß der Oberste Rat nunmehr beschlossen hat, Polen die Vormundschaft über Ostgalizien für die Dauer von 25 Jahren zu übertragen. Ursprünglich sollte die Kontrolle nur auf fünf Jahre beschränkt werden.

Nach Meldungen aus Rom ist der italienische Minister des Aeußern, Tittoni, sowohl als Minister wie als Vorsitzender der italienischen Friedensdelegation zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger ist Senator Scialoja ernannt.

Ungarn.

Das Ministerium Guszar.

Dem neuen Ministerium werden zwei Sozialdemokraten angehören: die Genossen Mikóti (Minister für Volkswohlfahrt) und Peyer (Staatssekretär).

Italien.

Einführung der einjährigen Dienstzeit.

Das Gesetz über die Neuorganisation der Armee schreibt eine, allgemeine einjährige Dienstzeit vor, die bei fast allen Truppen auf 8 Monate herabgesetzt werden kann. Besondere Herabsetzung bei besonderen Familienverhältnissen ist zulässig.

Holland.

Domela Nieuwenhuis †.

Am 75. Lebensjahre ist in dem kleinen holländischen Dorfe Hilberfum der eigentliche Begründer der holländischen Sozialdemokratie, Domela Nieuwenhuis, gestorben. Er war später in das radikalere Lager übergegangen und wurde der Führer der anarchistischen Bewegung. Die Sozialdemokratische Partei Hollands unter der Führung von Troelstra und Genossen bekämpfte er auf das schärfste.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 8 (2) der Hafen- und Revierordnung vom 17. August 1904 wird eine Prüfung für die Erlangung des Zeugnisses über die Befähigung zur Fahrt ohne Lotsen am Freitag, dem 12. Dezbr. 1919, vormittags 8 1/2 Uhr im Bonamt, Mühlendam 10, stattfinden.

Gefuche um Zulassung zur Prüfung sind unter Beiliegung eines kurzgefassten Lebenslaufes sowie der Befähigungszeugnisse bis zum 4. Dezember d. J. schriftlich an das Bonamt einzusenden. (10357)

Zugelassen werden nur Reichsdeutsche, die das Fahrwasser innerhalb des letzten Jahres vor dem Zulassungsauftrage als angestellte Schiffsführer mindestens einmal in jeder Richtung als Führer eines Schiffes im Bestande eines Lotsen befahren haben.

Lübeck, 15. Novbr. 1919.
Die Baubehörde.

Rechtstafel

Die Abfuhr von Blech, Scherben und Koksfladen findet am Donnerstag, dem 27. November 1919, von 6-8 Uhr vormittags, statt. Lübeck, den 22. Nov. 1919. 1989 Das Polizeiamt.



Wagenhandgeld.

Wegen der äußerst ungunstigen Betriebs- und Verkehrsverhältnisse auf den Eisenbahnen wird das Wagenhandgeld für je — auch nur angefangene — 24 Stunden der Ladeführerschleimung bis auf Weiteres erhöht auf

- 9 Mark für die ersten 24 Stunden,
- 12 Mark für die zweiten 24 Stunden,
- 16 Mark für jede weiteren 24 Stunden.

Die erhöhten Sätze werden zuerst angewendet für die standgelassenen Wagen, deren Ladefrist am 25. November 1919 beginnt. Die Direktion (10391) der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft.

Das kommunistische Manifest

50 Pfg.

Buchh. Fr. Meyer & Co. Johannisstr. 46.

Für Herbergen Fremden-Meldezettel in Block.

Zu beziehen Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Fremdwörterbuch

Von A. Boneck. Mk. 1.50. Buchhandlung Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Stadttheater—Marmorsaal

Heute 25. u. 26. November Anfang 3 Uhr. Abends 8 Uhr.

Tägl. 2 Vorstellungen

Die schwarze Maske mit Gefolge mit ihrem geheimnisvollen Theater.

Don Ramiro mit seinem Riesen-Illusions-Akt. Aladins Wunderlampe in modernster Ausführung der künstliche Mensch. Götin Neith?? Das Blumenmedium. d. hellseh. Wundermädch. Das Verschwinden einer lebenden Dame. Eintritt 8, 6, 4 und 2 Mk.

Nachmittags 3 Uhr: Gr. Kinder- u. Familienvorstellung Kuchen, Kaffee, Weine, Bonbons u. Spielwaren werden hervorgezaubert und verschenkt. Eintritt 4, 3, 2, 1 und 0,50 Mk.

Vorverkaufskarten sind ab 24. November täglich von 10-1 Uhr an der Theaterkasse zu haben. (10378)

Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsgruppe Lübeck.

BALL

am Donnerstag, dem 27. November 1919 im Gewerkschaftshaus.

Saalöffnung 6 Uhr. Anfang 6 1/2 Uhr. Das Komitee. (10360)

Kolosseum Gr. Ball

Jeden Mittwoch: (10356) Anfang 6 Uhr. Heinar. Ohde.

Friedrichshof. Gr. Tanzkränzchen.

Mittwoch, den 26. November: (10355) Saalöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Es ladet freundlich ein P. Brauer.

Kaufe ausgef. Frauenhaar, Rils 22 Mt. Von 2 bis 4 Uhr. 10374 Georg Stein, Chaletstr. 11, II.

Dentist R. Düffer, Breitestr. 44. (Haus Markmann & Meyer) Fernspr. 1587. (10365)

Handschuhe aus altem Stoff fertigt an 10390 Fr. Schramm, Etitenstr. 18.

Antoni u. künstl. Gefäßen, Brennstoff, Platin alt Gold u. Silber, gold. u. silb. Zahnendr. Königstr. 92, Heese

Hasenfelle Kanin-, Reh- u. Hirschfelle, sowie alle Sorten Polierstr. 8. (10390) Wildfelle, Pferde- u. Kuhhaare kauft stets zu den höchsten Tagespreisen D. Wagner.

Mod. Uhren Wand-, Taschengew., 200 Mt. treffen dieser Tage ein. 333 geist. Scantinge geist. Großes Lager, alle Weiten. H. Schultz, Uhrmacher und Goldschmied, 10393 Johannisstr. 20.

Stiefelfett die 1/2 Pf.-Dose nur 1.30 bei C. Grimm Nachf. Lederhandlung. 10381

Ad. Hübnar, Uhrmach. u. Goldarbeit, Fünfhausen 13. Sig. Reparaturwerkstatt. 10382

Killgers Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919 enthält Lebenslauf u. Bilder der Mitglieder der Nationalversammlung. 2.50 Mk. Buchh. Fr. Meyer & Co.

Kaufe nur 2 Tage Dienstag, den 25. und Mittwoch, den 26. November von 10-6 Uhr

alte Gebisse pro Zahn bis 9 Mark. Zahn- und Pfeifenröhre bis 60 Mark. Lübeck Zentral-Hotel, Schlüsselboden 12 L. Tel. 18. Frau Wigg.

147

Der neue Ullstein-Schnittmuster-Katalog ist erschienen! Den gehen wir Frauen beschauen bei Rudolph Karstadt

Die einzigste Bezugsquelle für „Ullstein-Schnittmuster“ in Lübeck ist Rudolph Karstadt Kom.-Ges.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H. Achtung Mitglieder! Die Nummer 18 unseres

„Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes“

das wieder sehr interessante Mitteilungen enthält, ist zur Verteilung gelangt, und bitten wir unsere Mitglieder, dasselbe in den

Warenabgabestellen abzuholen. (10400) Der Vorstand.

Rasierapparate und Rasiermesser

haarscharf abgezogen, fertig zum Gebrauch, erhalten Sie gut und vorteilhaft bei (10376)

Oldorf

Huxstraße 50. Fernspr. 1251.

Sozialdemokratische Frauen.

Berammlung

am Donnerstag, d. 27. November abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Johannisstr. 50-52.

Die Tagesordnung wird in der Berammlung bekannt gegeben.

Um zahlreiches Erscheinen bittet (10401) Der Vorstand.

Gasthof zur Post

Schlusup. Morgen Mittwoch: Kränzchen. Anfang 7 Uhr. (10383) H. Vetter Ww.

Puppenperücken

fertigt billigst an E. Evers, Friseur, (10363) Balauerfohr 11.

V. u. A. mit Bezirksführern Donnerstag, (10400) abends 7 1/2 Uhr. Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Stadthallen-Lichtspiele

Lübeck Mühlendämme 13. Nur noch 3 Tage: 2 Schläger!

Der Kriegsgewinnler

Nordisches Volksstück in 6 Akten. Lebensbilder aus jenen Kreisen moderner Emporfömmlinge, in denen die wilde Gier nach Geld und Glanz auch die bittere Not und den qualvollen Hunger der Mitmenschen auszubenten strebt.

Stahl und Stein

Drama in 5 Akten von Ludw. Anzengruber. In der Hauptrolle Max Neufeld.

Naturaufnahmen: Wildbad.

Hansa-Theater

Dienstag: Eine Ballnacht. Mittwoch: 7 Uhr: Hoheit tanzt

Walzer

Singspiel v. Karl Zimmer. Donnerstag: 10368 Gr. Variete-Abend.

(Letztes Gastspiel Karl Scherber, und 5 neue Attraktionen.)

Freit.: Die Faschingsfee.

Hansa-Theater

Donnerstag, 27. November: Infolge des großen Erfolges

Variete-

abends. Letztes Gastspiel des berühmten Universal-Künstlers (10367)

Karl Scherber.

(Sylvester Schäfer II.) als Illusionist

Zauberer, Jongleur, Gedächtnismeister, Kunstredner, Schnellmaler, Papierreißer, Schattenspieler

5 Attraktionen.

Gewöhnliche Preise. (1.20-7.00 Mk.) Vorzugskarten gültig. Tel-Bestell. Fernspr. 610.

Stadttheater Lübeck

(10389) Dienstag, den 25. November: 11. Vorst. im Dienstag-Ab. Anfang 7 Uhr.

Cavalleria rusticana. Der Bajazzo.

Mittwoch, d. 26. November: 10. Vorst. im Mittwoch-Ab. Der Liebestrank.

Richard III.

Donnerstag, d. 27. Novbr. Freitag, d. 28. November. Außer Abonnement.

Kain. Feuersnot.

Christbaum-Kerzen sind zu haben in unserer Christbaumschmuck-Abt., 3. Stock Rudolph Karstadt Lübeck

